☆ Startseite > Ombudsfrau > Freie Schulen: Mit einer Abfuhr zum Gericht





Kampf um finanzielle Gleichberechtigung: Freie Schulen haben keinen Rechtsanspruch auf Subventionen

"Krone"-Ombudsfrau

07.07.2017, 18:00

# Freie Schulen: Mit einer Abfuhr zum Gericht

Der Weg zur finanziellen Gleichberechtigung hat Kurven - doch abbringen lassen sich die sogenannten Freien Schulen in Österreich davon nicht: Immerhin bekommen sie im Gegensatz zu konfessionellen Privatschulen keine Förderungen. Um im Kampf um Gelder weiterzukommen, holen sie sich jetzt zuerst einmal eine "Abfuhr" vom Bildungsministerium.

teilen twittern (4)

ehr als 6000 Kinder werden in Österreich in Freien Schulen wie etwa Montessori-, Waldorf- und weiteren Alternativschulen unterrichtet. Konfessionelle - sprich religiöse - Privatschulen haben einen Rechtsanspruch auf Subventionen, um ihren gesamten Personalaufwand decken zu können. Freie Schulen allerdings haben diesen Anspruch nicht: Sie können nur um Ermessenförderungen ansuchen, die jederzeit widerrufbar sind - und die die tatsächlichen Kosten nicht annähernd decken. Es war also quasi ein Akt der finanziellen Notwehr, als sich dann im November zahlreiche Freie Schulen bzw. deren Dachverbände Hilfe suchend an den Verfassungsgerichtshof (VfGH) gewandt haben - die Ombudsfrau hat berichtet. Der VfGH hat ihren Antrag aber aus formalen Gründen zurückgewiesen, denn er wurde - vereinfacht gesagt - "zu früh" angerufen. Es sollte zuerst ein Beschwerdeverfahren beim Bundesverwaltungsgericht geben: "Uns wurde eine Abfuhr empfohlen, um in weiterer Folge gegen ablehnende Subventionsbescheide ein Beschwerdeverfahren beim Bundesverwaltungsgericht - und erst danach ein Gesetzesprüfungsverfahren beim VfGH - führen zu können", sagt Engelbert Sperl, Geschäftsführer der Rudolf-Steiner-Schule in Wien-Mauer, "das ist angesichts der damit verbundenen Kosten zynisch, aber dann holen wir uns eben Absagen und führen ein Beschwerdeverfahren."

Also wurden jetzt von 28 an der Klage teilnehmenden Schulen gesammelte Subventionsanträge beim Bildungsministerium eingebracht. In der Regel werden Anträge innerhalb von sechs Monaten behandelt. Gibt es eine Ablehnung, wird man sich folglich mit den Negativbescheiden an das Bundesverwaltungsgericht und danach erneut an den VfGH wenden. "Wirklich absurd ist, dass jetzt ein Schulautonomiepaket beschlossen wurde, das jene Schulen, die seit Jahrzehnten Schulautonomie leben, eklatant benachteiligt und leer ausgehen lässt", meint

1 von 3 21.07.17, 12:09

Sperl. Und die Gleichberechtigung muss weiter warten...

## Redaktion Ombudsfrau

### Das könnte Sie auch interessieren



### Svindal: Diese Blondine verdreht ihm den Kopf!

Aksel Lund Svindal, einer der wohl sympathischsten und fairsten Sportler im Ski-Zirkus, hat wie es...



## Aufregung um Facebook-Seite "Wir für...

Die Facebook-Seite "Wir für Sebastian Kurz" sorgt mit einer "Umfrage" zum...



### Drogenlenker wollte Polizei bei Kontrolle täuschen

"Man könnte ja in eine Polizeikontrolle geraten", dachte wohl ein 22-Jähriger aus...



### Wimbledon- und French-Open-Spiele manipuliert?

Mehrere Spiele des diesjährigen Wimbledon-Turniers und der French Open stehen offenbar unter...



# Jüngster "Bulle" künftig mit eigenem...

Der österreichische Meister Red Bull Salzburg überraschte heute mit der Meldung, dass es in...



# Liste Pilz: Die ersten 20 Kandidaten sind an

Am Mittwochnachmittag ist Peter Pilz nach 31 Jahren bei den Grünen aus seinem Büro ausgezogen

epowered by plista

# Mehr Storys

Probleme mit defektem Computer	05.07.2017, 06:00
Straßenbahnschienen sorgten für Lärmbelästigung	03.07.2017, 06:00
Kastanienbaum darf bleiben!	30.06.2017, 18:00
Zug-Tickets irrtümlich doppelt gekauft	26.06.2017, 06:00
Vom Wiener Amtsschimmel im Kreis geschickt	02.06.2017, 06:00
An Klingeln im Gemeindebau: Statt Namen nur "Tops"	18.06.2017, 06:00
Durch kaputtes Tor kamen ungebetene Gäste	15.07.2017, 13:00
Freie Schulen bei Höchstgericht abgeblitzt	28.03.2017, 12:00
Was ein Lift in Wien mit Paris zu tun hat	18.04.2017, 15:30
Wiener sollte Fehler von Paket-Zusteller ausbaden	21.06.2017, 10:00

# Verwandte Themen

VfGH

# KOMMENTARE (4)

Sie haben einen themenrelevanten Kommentar? Dann schreiben Sie hier Ihr Storyposting! Sie möchten mit anderen Usern Meinungen austauschen oder länger über ein Thema oder eine Story diskutieren? Dafür steht Ihnen jederzeit unser krone.at-Forum, eines der größten Internetforen Österreichs, zur Verfügung. Sowohl im Forum als auch bei Storypostings bitten wir Sie, unsere AGB und die Netiquette einzuhalten!

Diese Kommentarfunktion wird prä-moderiert. Eingehende Beiträge werden zunächst geprüft und anschließend veröffentlicht.

Kommentar schreiben

Login

11:06 "Keine Straftaten" - Causa Post: Ermittlungen gegen Grasser eingestellt

\* zur Startseite